



Das Danaergeschenk des Friedens

Heinz Gess

Zitation: Gess, Heinz (2025): Das Danaergeschenk des Friedens, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft, Hrsg. Heinz Gess

© 2025 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

I. Der erzwungene Waffenstillstand

Am 10. Oktober 2025 trat der von Donald Trump vermittelte Waffenstillstand in Gaza in Kraft. Nur vier Tage später unterzeichneten Trump, der ägyptische Präsident al-Sisi, der türkische Präsident Erdoğan und der Emir von Katar al-Thani in Kairo den sogenannten „Friedensplan von Ägypten“. Israel war – auf Wunsch Erdoğan – nicht einmal am Verhandlungstisch vertreten. Westliche Regierungschefs, darunter die Spitzen der EU, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, feierten das Ereignis als Triumph amerikanischer Diplomatie. Trump selbst nannte ihn „den größten Frieden der letzten 3000 Jahre“.

Doch gerade diese Hybris verriet den Charakter des Projekts: Der Waffenstillstand ist kein Ende des Krieges, sondern dessen politische Unterbrechung. Israel befand sich zu diesem Zeitpunkt militärisch auf dem Höhepunkt seiner Stärke. Die israelische Armee (IDF) hatte bis Anfang Oktober fast 80 % des Gazastreifens unter Kontrolle, den Netzarim-Korridor geschlossen, Gaza-Stadt vom Süden getrennt und zwanzig der vierundzwanzig Bataillone der Hamas kampfunfähig gemacht. Ihre Infrastruktur – insbesondere das weitverzweigte Tunnelnetz – war weitgehend zerstört, und der Zusammenbruch der Hamas schien unmittelbar bevorzustehen.

Doch dann, unter massivem internationalen Druck, stoppte Premierminister Netanjahu die Offensive. Auf Trumps öffentliche Forderung hin, „die Bombardierung sofort einzustellen“,

befahl die Regierung den Übergang zu rein defensiven Operationen. Dieser Schritt erfolgte in einer Situation israelischer Dominanz, in der die Hamas militärisch und politisch isoliert war. Die Entscheidung, den Krieg in diesem Moment abubrechen, bedeutet einen Verzicht auf die vollständige Zerschlagung der Hamas und gewährt ihr Zeit zur Regeneration.

Der Waffenstillstand brachte zwar die lang ersehnte Rückkehr von zwanzig lebenden Geiseln und vier Toten, doch dieser Erfolg war teuer erkaufte. Israel sah sich gezwungen, über zweitausend palästinensische Gefangene freizulassen – darunter zahlreiche wegen antisemitischer Morde Verurteilte. Das Verhältnis von Geisel zu Gefangenem betrug 1 : 100. In der israelischen Öffentlichkeit überwog zwar der Jubel über die Heimkehr der Geiseln, doch strategisch hatte das Land einen hohen Preis bezahlt: Der Sieg über die Hamas war greifbar nah – und wurde politisch verschenkt.

II. Die internationale Druckkulis

Der Sinneswandel der israelischen Regierung lässt sich nur vor dem Hintergrund einer beispiellosen internationalen Druckkulis verstehen. Bereits seit den ersten Tagen nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 war Israel zum Ziel einer moralisch aufgeladenen Kampagne geworden. Der UN-Generalsekretär António Guterres erklärte am 24. Oktober vor dem Sicherheitsrat, die „abscheulichen Taten“ der Hamas hätten „nicht im luftleeren Raum“ stattgefunden, sondern seien Folge einer „56 Jahre währenden erstickenden Besatzung“. Mit dieser Formulierung übernahm Guterres de facto das Narrativ der Hamas selbst: Die Täter erschienen als Opfer, das Massaker als „Reaktion“.

Offenkundig blendete Guterres dabei aus, dass es in Gaza seit dem israelischen Rückzug von 2005 keine Besatzung mehr gab und der Streifen seit 2007 von der Hamas beherrscht wurde – einer halbstaatlichen Organisation, deren Herrschaft von Jahr zu Jahr totalitärer wurde und das zivile Leben in Gaza erstickte. Selbst wenn man zugunsten des Generalsekretärs unterstellt, er habe Gaza mit dem Westjordanland verwechselt, bleibt die Aussage eine schwerwiegende Verdrehung: In der Charta der Hamas wie in der Nationalcharta der PLO gelten Gaza, Westjordanland und das Gebiet des heutigen Israel als untrennbare Einheit, die – naturhaft (PLO) oder göttlich (Hamas) – ausschließlich den arabischen Palästinensern zustehe. Diese Bestimmung widerspricht dem Völkerbundsmandat von 1922, das Großbritannien mit der Annahme der Balfour-Erklärung von 1917 verpflichtete, zwischen Jordan und Mittelmeer eine nationale Heimstätte für die Juden zu ermöglichen. Die Aussage erzeugt damit eine klassische Schuldumkehr: Nicht die Täter

des Massakers, sondern deren Opfer werden verantwortlich gemacht – ein Muster, das sich in der Geschichte des Antisemitismus immer wieder findet.

Diese Schuldumkehr wirkt plausibel, weil sie an den „realen Schein“ anschließt, den die Medienindustrie fortwährend reproduziert: Bilder überdecken Kontexte, Affekte ersetzen Analyse. So erscheint der historische Zusammenhang in verkehrter Gestalt, Täter und Opfer werden vertauscht. Tatsächlich aber sind nicht die palästinensischen Araber – jedenfalls nicht ausschließlich – die Angegriffenen und „Opfer“ eines mittlerweile hundertjährigen Krieges; seit den Pogromen in Hebron, Safed und Jerusalem in den 1920er und 1930er Jahren traten und treten sie als Täter auf.

Guterres' Erklärung fügte sich in ein diskursives Muster, das seit Jahren die internationale Wahrnehmung prägt: Die „palästinensische Sache“ gilt (falsch) als antikoloniale Befreiungsbewegung, Israel als kolonialer Unterdrücker. Diese Umkehrung ist ideologisch wirksam, weil sie an alteuropäische Ressentiments gegen Moderne und Westen anschließt – Ressentiments, die im linken Antizionismus wie im rechten Antisemitismus Resonanz finden. Besonders wirkmächtig sind in diesem Zusammenhang von der UNO und europäischen Staaten finanzierte NGOs – etwa Al-Haq, Al-Mezan und das Palestinian Center for Human Rights (PCHR) –, die Israel systematisch dämonisieren und mit Begriffen wie „Apartheidstaat“ oder „Völkermord“ belegen. Ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung des Westens ist erheblich; die Hamas und die PLO bleiben dabei als Akteure oft unsichtbar.

Hinzu kamen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), die – auf Grundlage selektiver Beweisführungen – Ermittlungen gegen israelische Regierungsmitglieder einleiteten.¹ Dass die Hamas dabei weitgehend aus dem Fokus verschwand, war kein Zufall, sondern Ausdruck struktureller Parteilichkeit. Die Folge war eine politische und psychologische Isolierung Israels – ähnlich jener, die Jean Améry bereits 1966 als Modernisierung des Antisemitismus beschrieb: Die Sprache änderte sich, der Kern blieb.

¹ S. dazu ausführlich: Heinz Gess, Die Prozesse gegen Israel vor dem IGH und IStGH und die Dialektik der Aufklärung. Link: <https://www.kritiknetz.de/antizionismusundantisemitismus/1571-die-wachsende-not-israels-zweiter-teil>

III. Vom Racket zum Staat? Die neue Rolle der PLO

Der von Trump erzwungene Waffenstillstand schwächte zwar die Hamas, stärkte jedoch paradoxerweise die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), deren Trägerin die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist. Viele westliche Regierungen wie auch die Vereinten Nationen drängen seither darauf, die PA mit der Verwaltung des Gazastreifens zu betrauen. Dieses Projekt erscheint auf den ersten Blick pragmatisch: Die PLO gilt als säkular, gemäßigt und politisch erfahren. Bei näherem Hinsehen erweist sich diese Annahme jedoch als gefährliche Illusion.

Die PLO-Charta von 1968 definiert Palästina in Artikel 1 als „unteilbares nationales Territorium“ und erklärt in Artikel 19, die „Errichtung des Staates Israel“ sei „völlig null und nichtig“². Zwar wurde die Charta in den 1990er-Jahren unter internationalem Druck formal „revidiert“, doch eine rechtsverbindliche Annahme dieser Änderungen hat bis heute nicht stattgefunden; in ihrer programmatischen Substanz blieb sie unverändert.

In Anlehnung an Wolfgang Pohrt lässt sich die PLO als „linksnationalistisches Racket“ begreifen: Sie verbindet revolutionäre Rhetorik mit völkischem Kollektivismus, gibt sich antikapitalistisch und reproduziert doch eine korrupte, klientelistische Herrschaftsstruktur. Ihr Antizionismus ist nicht bloß politische Gegnerschaft, sondern Ausdruck einer identitären Ideologie, die das Jüdische als das Andere, Moderne, Entfremdete abwehrt. Damit reproduziert die PLO – in säkularer Gestalt – den strukturellen Antisemitismus, den die Hamas religiös auflädt.

Würde man die Verwaltung Gazas der PA übertragen, käme Israel „vom Regen in die Traufe“: Statt einer islamistischen drohte eine völkisch-autoritäre Herrschaft. Beide Varianten verbindet der Wille zur Delegitimierung Israels als jüdischem Staat. Der Unterschied liegt lediglich in der symbolischen Verpackung – hier das Banner des Dschihad, dort das

² In der UNO wie in weiten Teilen der internationalen und deutschen Medien ist es zur Regel geworden, anstelle wahrheitsorientierter Aufklärung über die Geschichte Israels – einschließlich seiner Entstehungsgeschichte – selektiv ausgewählte Halbwahrheiten zu verbreiten. Diese Halbwahrheiten stützen das palästinensische Narrativ und werden so interpretiert, dass die Existenz Israels delegitimiert wird. Das *Kritiknetz* arbeitet seit Jahren gegen diese Tendenz an. Leserinnen und Leser, die sich nicht mit den zum Standard verzerrten Deutungen der öffentlich-rechtlichen und anderer sogenannter Qualitätsmedien zufriedengeben wollen, finden dort zahlreiche Beiträge zur Geschichte Israels und zur Korrektur gängiger Verzerrungen, etwa:

– Matthias Küntzel, *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg*, Freiburg 2002, S. 80 ff.

– Heinz Gess, „Die Prozesse gegen Israel vor dem IGH und IStGH und die Dialektik der Aufklärung“, in: *Kritiknetz – Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft* (Hg. Heinz Gess), <https://www.kritiknetz.de/antizionismus-sundantisemitismus/1571-die-wachsende-not-israels-zweiter-teil>

– Hans Peter Büttner, „Auserwählt, gehasst, verfolgt. Eine kurze Geschichte des Existenzkampfes Israels und der Vernichtungsphantasien seiner Feinde“, in: *Kritiknetz – Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft* (Hg. Heinz Gess), <https://www.kritiknetz.de/antisemitismus/1388-auserwaehlt-gehasst-verfolgt>

der "nationalen Befreiung". In beiden Fällen handelt es sich um die Negation der politischen Emanzipation, wie sie der zionistische Staat verkörpert.

IV. Das Danaergeschenk

Trump präsentierte den Waffenstillstand als Triumph seiner Vermittlungskunst – als Beweis, dass allein sein persönliches Genie den „größten Frieden der Geschichte“ herbeiführen könne. Doch dieses Friedenswerk war, wie schon viele vor ihm, ein Danaergeschenk: Es gewährt Israel momentane Erleichterung, bindet es jedoch langfristig an politische Verpflichtungen, die seine Souveränität unterminieren.

Die strategische Zielsetzung der israelischen Kriegsführung nach dem 7. Oktober umfasste folgende Teilziele:

- 1) Befreiung aller von der Hamas entführten Geiseln;
- 2) vollständige Zerschlagung der Organisationsstruktur der Hamas;
- 3) Zerstörung der materiellen militärischen Infrastruktur der Hamas, insbesondere des Tunnelnetzwerks in Gaza-Stadt;
- 4) Kapitulation von Hamas und Islamischem Dschihad sowie Entmilitarisierung des Gazastreifens durch Übergabe der Waffen;
- 5) Schwächung jener Staaten, die ihre schützende Hand über die Hamas halten – etwa Katar und die Türkei (ideologisch mit der Muslimbruderschaft verbunden) sowie Iran –, deren Einfluss mit einem vollständigen Sieg Israels erheblich reduziert worden wäre.

Das Rahmenabkommen für den Waffenstillstand schwächt die künftige israelische Position aus mehreren Gründen:

Erstens wurde faktisch nur das erste Ziel – die (partielle) Befreiung von Geiseln – erreicht, während im Gegenzug über zweitausend Gefangene freizulassen waren, darunter wegen antisemitischer Morde Verurteilte. Die symbolische Wirkung war fatal: Die Hamas konnte ihren Anhängern den Waffenstillstand als Sieg verkaufen; in den Straßen Gazas hieß es: „Der Widerstand hat gesiegt, die Zionisten haben nachgegeben.“ Die anschließenden Verhandlungen erfolgten somit aus einer Lage, in der politisch verschenkte israelische Sieg als palästinensischer Triumph umgedeutet wurde.

Zweitens musste Israel das Kriegsziel der vollständigen Entwaffnung der Hamas de facto aufgeben und sich mit vagen Zusagen zu einer künftigen Demilitarisierung zufriedengeben – ohne verbindliches Verfahren, klare Zuständigkeiten, Fristen oder Sanktionsmechanismen für den Fall der Verweigerung.

Drittens treten die Unterzeichner des in Kairo geschlossenen Abkommens – USA, Ägypten, Katar und die Türkei – als Garanten auf. Damit hat Israel das Heft des Handelns im Gazastreifen aus der Hand gegeben und ist – selbst für legitime Reaktionen auf Brüche des Waffenstillstands durch die Hamas – von der Zustimmung dieser Akteure abhängig. Gerade Katar und die Türkei verstehen sich als Schutzmächte islamistischer Bewegungen; Ägypten wiederum ist innenpolitisch kaum in der Lage, dauerhaft Neutralität zu wahren. Praktisch bleiben nur die USA als potenzielle Schutzmacht – deren Interessen aber zwischen arabischen Partnern und Israel austariert werden.

Unter diesen Bedingungen erscheint eine echte Demilitarisierung des Gazastreifens unrealistisch. Staaten, die sich dafür anbieten könnten – etwa die Türkei, Katar oder Pakistan –, sind Israel gegenüber voreingenommen; eine UNO-Mission drohte, ähnlich wie UNIFIL im Südlibanon, zum Schutzschirm einer Re-Militarisierung zu werden. Am Ende bliebe für eine ernst gemeinte Entwaffnung nur eine israelisch-ägyptische Operation unter US-Schirm – de facto der erneute Kriegsbeginn.

Israel befindet sich infolge des Waffenstillstands in der paradoxen Lage, militärisch gesiegt zu haben, ohne den Sieg vollenden zu können, und politisch verloren zu haben. Der Jubel über die Heimkehr der Geiseln übertönte das strategische Drama – ein emotionaler Erfolg, der die Niederlage verschleierte.

Exkurs: Israel gerät durch den Waffenstillstandsvertrag im Verhältnis zu den USA in eine Konstellation, die an das Verhältnis des Hof- und Schutzjuden zum Fürsten in den absolutistischen Staaten Europas erinnert. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis kann eine unbestimmte Zeitlang stabil erscheinen; die historische Erfahrung zeigt jedoch, dass es in Phasen politischer und ökonomischer Umbrüche prekär wird.

In den frühneuzeitlichen Fürstenstaaten dienten jüdische Hoffinanziers zunächst als nützliche Ökonomen. Sobald jedoch der Druck neuer ökonomischer Kräfte oder gesellschaftlicher Proteste stieg, wurden sie zur bequemen Sündenbockfigur: Die feudal-absolutistische Macht schob die Verantwortung für strukturelle ökonomische Probleme auf den dieser Macht dienstbaren jüdischen Finanzier, der anstelle der Macht und ihres Finanzbedarfs der persönlichen Geldgier beschuldigt wurde.

So wie hier kann es auch im Verhältnis zwischen Israel als dem „Brückenkopf der USA“ in Nahost zu den USA eine Zeitlang gut gehen, solange die besonderen politischen Verhältnisse - in der gegenwärtigen Epoche die nationalstaatlichen - von denen das global agierende Kapital, auch wenn es als globales über sie hinausstrebt, abhängig ist, bleiben. Kommt es jedoch nach einer Epoche der Schwächung großer demokratischer Nationalstaaten wieder zu einer Renaissance des Nationalen in den USA und anderen großen demokratischen Staaten und einer Abschwächung der Globalisierung, in der die alte Maxime „marktkonforme Demokratie“ (Merkel) bzw. marktkonformer Staat“ durch die neue Maxime „demokratiekonformer Markt“ oder „nationalstaatskonformer Markt“ ersetzt wird, kann die Beziehung ins Ungleichgewicht geraten.

Es ist aus der Theorie prognostizierbar, dass unter dieser Bedingung der Antizionismus bzw. die Israelfeindschaft als pseudo- antinationalistische Protestbewegung generell sinken wird. Dafür aber wird der dazu komplementäre pseudo-antikapitalistische Querfront-Antisemitismus, der in der Weimarer Republik schon einmal en vogue war und in den Holocaust hineinführte, neu wieder zunehmen und der Antisemitismus verstärkt wieder „kulturzionistische“ Diasporajuden treffen. Beide Formen des Antisemitismus verhalten sich unter den heutigen faktischen Verhältnissen wie kommunizierende Röhren. Sinkt der Antisemitismus in seiner spezifischen Gestalt in der einen Röhre, steigt er in der anderen an, indes die Menge (Quantität) des Antisemitismus, die sich in den beiden Röhren bewegt, von dem Ausmaß der gesellschaftlichen Krise abhängig ist, in der sich Kapital und/oder Nationalstaaten befinden.

Selbst unter günstigen Rahmenbedingungen — also bei einer Abschwächung der Globalisierung und der Stärkung von großen Nationalstaaten — sind Konflikte zwischen den USA und Israel nicht ausgeschlossen. In der komplexen Konstellation von USA–Türkei–Katar–Ägypten könnte ein amerikanischer Vermittlungsdruck, vor allem wenn er der Selbstdarstellung der US-Regierung dient, Israel zu Zugeständnissen zwingen, die dessen Sicherheit beeinträchtigen. Ein Akteur, der primär seine eigene Inszenierung als „Friedensmacht“ verfolgt, kann bereit sein, seinen Bündnispartner aus Imagegründen Opfer bringen zu lassen.

Kurz: Das historisch-analoge Bild vom Hofjuden macht deutlich, dass asymmetrische Schutzverhältnisse zwar kurzfristig nützlich sein können, langfristig aber Gefährdungen bergen — insbesondere wenn inner- und außenpolitische Interessen auseinanderfallen und nationale Sicherheit den Logiken symbolischer Politik geopfert wird.

V. Krieg, Frieden und moralische Asymmetrie

Der amerikanische Philosoph Michael Walzer hat in seinem Klassiker *Just and Unjust Wars* (1977) dargelegt, dass Demokratien gegenüber totalitären Gegnern in einer moralischen Asymmetrie kämpfen: Sie müssen zugleich siegen und moralisch integer bleiben. „Die Gerechtigkeit der Mittel“ lässt sich nicht völlig vom Erfolg trennen – sie kann ihn aber auch nicht vollständig bestimmen.

Israel befindet sich seit seiner Gründung in genau diesem Dilemma. Der Staat ist gezwungen, sich gegen eine Feindkonstellation zu verteidigen, die den Untergang Israels als religiöse oder nationale Pflicht versteht. Jeder militärische Erfolg Israels wird daher sofort als „unverhältnismäßig“ gebrandmarkt – als hätte das Opfer sich an die Regeln seiner Mörder zu halten.

Walzers Begriff der „tragischen Wahl“ beschreibt diese Situation treffend: Israel muss handeln, um zu überleben, und wird dafür moralisch verurteilt. Der Fall Israel wird so zum Lackmustest westlicher politischer Moral: Er zeigt, ob sie den Unterschied zwischen Verteidigung und Aggression, zwischen Selbstbehauptung und Vernichtung noch zu erkennen vermag.

Die moralische Asymmetrie wird durch die mediale Dynamik des 21. Jahrhunderts weiter verschärft. Bilder des Leids in Gaza dominieren die globale Öffentlichkeit, während die Vorgeschichte – das antisemitische Pogrom, die Geiselnahmen, die Kriegsziele der Hamas – in den Hintergrund treten. So entsteht eine postmoderne Form der Schuldumkehr, in der sich die Rollen im Sekundentakt zu wandeln scheinen: Das Opfer erscheint als Täter, der Täter als Widerstandskämpfer.

Die Mehrheit der demokratischen Staaten der EU hat den Lackmustest der politischen Moral in diesem erneut antisemitisch motivierten Krieg des Vernichtungsrockets gegen Israel nicht bestanden. Der Reihe nach sind sie unter dem Druck des sogenannten Menschenrechtsrats der UNO umgefallen und sind Israel im Kampf um seine Selbstbehauptung gegen seine Todfeinde (Hamas, Hisbollah, Muslimbruderschaft, Iran) in den Rücken gefallen.

Schlussreflexion

Der sogenannte „Trump-Frieden“ verdeutlicht exemplarisch, was Walzer die „Tragödie des gerechten Krieges“ nennt: Der Gerechte darf nicht siegen, wie der Ungerechte kämpft.

Doch wenn er daran gehindert wird, zu siegen, weil man ihm moralische Fesseln anlegt, triumphiert das Unrecht in der Gestalt des Friedens.

Israel strebte nach dem 7. Oktober 2023 keinen Eroberungskrieg an, sondern Sicherheit und Selbstbehauptung. Der Waffenstillstand von 2025 brachte weder das eine noch das andere, sondern band Israel an politische Bedingungen, die seine Verteidigungsfähigkeit schwächten. Das Ergebnis ist ein Frieden, der die Voraussetzungen des nächsten Krieges in sich trägt.

Die westliche Öffentlichkeit reagierte mit moralischer Erleichterung: Sie konnte Gewalt delegieren und sich selbst als friedensstiftend inszenieren – ein Muster, das Adorno als „falsche Versöhnung“ bezeichnete: die Weigerung, die Wahrheit des Konflikts zu denken, weil sie die eigene Position erschüttern würde.

Zur Dialektik des Friedens – Adorno reloaded

Adornos Satz „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ ist nicht als Resignation zu verstehen, sondern als Einsicht, dass ethische Integrität in einer ungerechten Welt nur um den Preis des Konflikts bestehen kann. Frieden, der das Unrecht verschweigt, ist selbst Teil des Unrechts.

Was im Westen als moralische Sensibilität erscheint, ist häufig nur die Umkehr der Verantwortung. Der Jude, schrieb Jean Améry, sei der „Prüfstein der Menschheit“ – und der Umgang mit Israel bleibt der Prüfstein der nachaufklärerischen Welt. Wenn Europa, ermüdet von seiner Geschichte, den jüdischen Staat ermahnt, „menschlicher“ zu sein, wiederholt es unbewusst jene Dialektik, die Adorno die „Verwandlung der Aufklärung in Mythologie“ nannte: den Rückfall der Vernunft in moralisches Ressentiment.

In dieser Dialektik des Friedens spiegeln sich die Paradoxien der Moderne: Der Westen will befrieden, indem er die Ursache – den Antisemitismus – ausblendet. Pohrt erkannte früh, dass moralischer Universalismus, wenn er blind für reale Machtverhältnisse wird, zur Legitimation neuer Gewalt werden kann. Walzer wiederum zeigte, dass ein gerechter Krieg nur dann gerecht bleibt, wenn er geführt werden darf.

Israel darf daher nicht gezwungen werden, sich im Namen universaler Moral selbst zu schwächen. Sein Überlebenswille ist kein Anachronismus, sondern die konsequenteste

Form politischer Vernunft in einer Welt, die ihre Lektionen aus Auschwitz noch immer nicht vollständig gelernt hat.

So zeigt das „Danaergeschenk des Friedens“ die Dialektik der Aufklärung in nuce: Wo Humanität zum Ritual wird, schlägt sie in ihr Gegenteil um. Und doch bleibt – im Sinne Adornos – die Aufgabe, die Wahrheit zu denken, selbst wenn sie dem Frieden widerspricht. Denn nur ein Frieden, der die Wahrheit aushält, verdient diesen Namen.

Literatur

Améry, Jean: Jenseits von Schuld und Sühne. Stuttgart, 1966.

Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1966.

Büttner, Hans Peter (2017): Auserwählt. Gehasst. Verfolgt. Eine kurze Geschichte des Existenzkampfes Israels und der Vernichtungsphantasien seiner Feinde. In: Kritiknetz – Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft. <https://www.kritiknetz.de/antisemitismus/1388-auserwaehlt-gehasst-verfolgt>

Gess, Heinz (2024): Die Prozesse gegen Israel vor dem IGH und IStGH und die Dialektik der Aufklärung. In: Kritiknetz – Zeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft. <https://www.kritiknetz.de/antizionismusundantisemitismus/1571-die-wachsende-not-is-raels-zweiter-teil>

Guterres, António: Statement before the UN Security Council, 24. Oktober 2023.

Küntzel, Matthias: Jihad und Judenhaß: Über den neuen antijüdischen Krieg. Freiburg: Ça ira Verlag, 2002.

Palestine National Charter (PLO Charter), adopted July 1968, Articles 1–9, 19.

Pohrt, Wolfgang: Theorie des Revolutionsfetischismus. Berlin: Rotbuch, 1982.

Walzer, Michael: Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations.
New York: Basic Books, 1977.